

**Landessicherheit vs. Menschenrechte**

Angeklagte gelten solange als unschuldig, bis ein Gericht ihre Schuld feststellt und sie rechtskräftig verurteilt. Dieses Rechtsprinzip gilt auch in Luxemburg ... außer man ist Tunesier, hält sich illegal im Lande auf und steht unter Verdacht, islamistischen Kreisen nahe zu stehen. Als jetzt bekannt wurde, dass der im April von Luxemburg an Tunesien überstellte Salmi Taoufik in seinem Heimatland verhaftet und gefoltert wurde, nahm sich Justizminister Luc Frieden vier Tage Zeit, bevor er über RTL erklärte, diese Entscheidung sei nicht einfach gewesen, aber im Interesse der Sicherheit des Landes, die ja erste Pflicht der Regierung sei. Ferner bestätigte er, von der Verhaftung vor Ort gewusst zu haben, nicht aber von den Foltervorwürfen. Allerdings musste Frieden auch eingestehen, dass Taoufik "noch keine Straftaten in Luxemburg begangen hatte, aber er war in Kontakt mit islamistischen Fundamentalisten im Ausland und stand im Dunstkreis islamistischer Terrororganisationen". In einer parlamentarischen Anfrage will der linke Abgeordnete Serge Urbany jetzt von den drei Regierungsmitgliedern Juncker, Frieden und Polfer erfahren, inwieweit (das auch vom Verwaltungsgericht bestätigte) Prinzip der Nichtauslieferung an Länder, in denen Foltergefahr besteht, verletzt wurde. Außerdem wundert sich der Abgeordnete darüber, dass ein als gefährlich eingestuftes Islam nicht vor Luxemburgischen Gerichten verantworten musste. Ein solches Verfahren mit einer forcierten Untersuchung auch mit internationaler Unterstützung hätte dazu beitragen können, weiterführende Informationen zusammenzutragen. Sollten die Verdachtsmomente der Regierung stimmen und Gefahren auch für Luxemburg bestanden haben oder sogar noch bestehen, können sie jetzt nicht mehr genau aufgeklärt werden. Da ein korrektes Gerichtsverfahren nicht mehr möglich ist, verlangt der Urbany eine detaillierte Aufklärung über die Anklagepunkte, die im März dieses Jahres zur Razzia in islamistischen Kreisen und zur Ausweisung Taoufiks geführt haben.

**Eisenbahner gegen Liberalisierung**

Nico Wennmacher war nicht mehr zu bremsen: "Unser Ziel ist es, den öffentlichen Transport, auf den ein jeder Anrecht hat, zu fördern", legte der FNCTTFEL-Präsident bei einer Pressekonferenz am vergangenen Freitag los. Eine Grundvoraussetzung dafür sei, "dass er als öffentlicher Dienst anerkannt und gefördert wird." Auf keinen Fall, so der Gewerkschafter, dürfe die Verantwortung für den öffentlichen Transport einer neuen Gesellschaft übertragen werden. Ein Dorn im Auge ist der Gewerkschaft vor allem die von Transportminister Henri Grethen geplante "Régie générale des transports publics" (RGTP), eine öffentlich-rechtliche Anstalt, die laut Regierungskonzept den Transport organisieren, die geplante Mobilitätszentrale einrichten sowie die Verträge mit den Betreibern aushandeln soll. Dagegen fordert die FNCTTFEL, dass die Reorganisation des öffentlichen Transports auf den gegebenen Infrastrukturen aufbauen soll. Die Verantwortung solle weiter beim Staat oder den Gemeinden liegen. Die Gewerkschaft befürchtet darüber hinaus, dass mit der Auslagerung von Fahrplanauskunft und Fahrscheinausgabe zur RGTP hin bestehende Strukturen zerschlagen und der CFL das Wasser abgegraben werde. Die damit stattfindende Liberalisierung des öffentlichen Transports sei eine Vorstufe zu dessen Privatisierung.

**Esso statt Greenpeace am See**

Greenpeace wurde die Teilnahme am e-Lake Festival am kommenden Wochenende verwehrt. Stattdessen steht Esso in Echternach auf der Sponsorenliste. Der Club des Jeunes, Organisator des Festivals, hatte Greenpeace Ende Juni zu dem Festival am See eingeladen, damit die Umweltorganisation das Publikum über die klimafeindliche Firmenpolitik von Esso informieren konnte. Die Absage kam, nachdem der Konzern laut Greenpeace alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte, um die UmweltschützerInnen auszuschließen.

**OZONALARM**

# Ein reales Gespenst

**Kosmetik statt Operation: Mit kurzfristigen Maßnahmen versucht die Regierung, das Ozon-Problem in den Griff zu bekommen.**

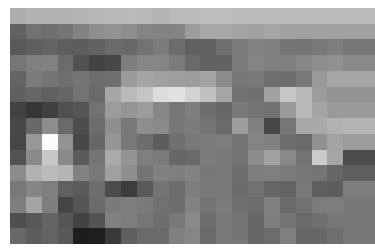
(sk) - Hundstage in Luxemburg, wie in ganz Europa stöhnen die Menschen unter der Hitze, lösen sich die Plakate von den Wänden, kollabieren gefährdete Personen und jagt der Samu verstärkt von einem Einsatz zum anderen. Tagtäglich gibt das Umweltamt die neuesten Ozonwerte heraus, die die kritische Schwelle von 180 Mikrogramm Ozon pro Kubikmeter Luft seit Tagen überschreiten. Am Dienstag waren es im Süden und im Zentrum des Landes 204 Mikrogramm, für die kommenden Tage werden ähnlich hohe Werte vorhergesagt.

Dabei sah alles gar nicht so schlecht aus. Wie in der vergangene Woche vom Umweltministerium herausgegebenen Broschüre "L'environnement en chiffres" nachzulesen ist, gab es seit Mitte der 90er Jahre einen Rückgang der Spitzenwerte: Wurde die 180-Mikrogramm-Schwelle 1994 und 1995 noch jeweils 20 Mal überschritten, gab es seitdem nicht einmal mehr halb so viele ähnlich ozonreiche Tage pro Jahr. Der Jahresrekord 1995 von 253 Mikrogramm wurde nicht mehr erreicht, Werte knapp über 200 waren dieses Jahr bisher die Obergrenze. Die Ursache ist schnell gefunden: der Rückgang der Emissionen, sowohl bei Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen, aus den bei starker Sonneneinstrahlung die gefährliche Mixtur

des so genannten Boden-Ozons entsteht. Das Thema schien also an Brisanz verloren zu haben.

Mit der aktuellen Hitzewelle kommt auch das Ozon-Gespenst zurück: nicht zu sehen, aber zu spüren. Angesichts der jüngsten Extremwerte wurden diese Woche wieder Rufe nach Fahrverboten laut. Der Grünen-Abgeordnete Camille Gira sprach gar von einem Skandal, dass die Regierung nichts gegen den Ozon-Smog unternahme und forderte ein Tempolimit.

Umweltminister Charles Goerens reagierte und beraumte am Mittwoch eilends eine Pressekonferenz ein und stellte die Maßnahmen seines Ministeriums vor: Auf den Autobahnen gelte ab sofort eine Geschwindigkeitsbegrenzung bei 90 Stundenkilometern. Bisher hatte es die Regierung bei Empfehlungen belassen - Tempo 90 auf der Autobahn, Tempo 60 auf den Landstraßen - und davon abgeraten, Sport zu treiben, Auto zu fahren und Kinder im Freien spielen zu lassen. "Die Zeit der Empfehlungen ist vorbei", verkündete Goerens am Mittwoch. Wer jetzt gegen das Tempolimit verstößt, muss zahlen. Angezeigt wird die Vorschrift auf den Cita-Tafeln. Derweil gilt für Landstraßen nach wie vor die auf blauen Schildern angezeigte Empfehlung von 60 Stundenkilometern.

**BUDGET 2004**

# Manche mögen's kalt

**Die "kalte Dusche", die uns Jean-Claude Juncker Anfang Juli in Sachen Budgetentwurf 2004 versprach, trifft auf breite Zustimmung. Kein Wunder, denn die schwarz-blaue Regierung setzt voll auf Besitzstandswahrung.**

Die CGFP entdeckt einen "sozial gerechten Haushaltsentwurf", der OGBL sieht den "Erhalt der Kaufkraft durch soziale Akzente", der LCGB spricht von einem "umsichtigen Entwurf" und der Handwerkerverband meint, der Entwurf entspräche heutigen Bedürfnissen.

Tatsächlich ist es Junckers Kämmerer Frieden gelungen, die Wünsche der Regierungsmitglieder so zusammenzustutzen, dass es trotz massiven Einbrüchen bei der Körperschaftssteuer - Juncker rechnete ein Minus von 250 Millionen Euro vor - zu einem fast ausgeglichenen Haushalt im Jahre 2004 kommen wird. Es wird 2004 keinen "exorbitanten" Forderungen nachgegeben, meinte Frieden mehrfach vor der Presse, weigerte sich allerdings Beispiele zu nennen. Das heißt aber auch im Umkehrschluss, dass es solch exorbitante Forderungen gegeben haben muss und in den Jahren davor Frieden durchaus so manche überzogene Forderung durchgehen ließ. Juncker hatte angedeutet, die Wunschvorstellungen der Einzelressorts hätten einen Zuwachs auf der Ausgaben-seite von 25 Prozent bedeutet. Das war früher nicht anders, allerdings lagen die Budget-Zuwachsraten in den 90ern manchmal sogar im zweistelligen Prozentbereich. Diesmal sollen die Ausgaben nur um 2,03 Prozent wachsen - demnach beliefen sich die "exorbitanten Forderungen" auf fast 1,5 Milliarden Euro, die der Budgetminister "wegduschen" musste.

Außer dass Junckers Zollverwaltung auf neue Pistolen verzichten muss, das von Verteidigungsminister Goerens zusammen mit Belgien geplante Versorgungsschiff erst gar nicht vom Stapel läuft und in der bilatelaren Entwicklungshilfe so manche Million gestrichen wurde, erreichte Frieden sein Sparziel vor allem durch ein neues Dogma: 2004 wird bis auf wenige Ausnahmen kein neues Personal beim Staat eingestellt. Das mag auf den ersten Blick als umsichtige und "nachhaltige" Finanzpolitik gelten. Doch eigentlich verfolgt Frieden ein uraltes Konzept: Der Staat stellt nicht nach Bedarf ein, sondern stur entsprechend der jährlichen Finanzlage - das war in guten Zeiten falsch und wird in schlechten Zeiten nicht richtiger, wie uns das Beispiel Schulpolitik vor Augen führt.

**Hauptsache an Bord**

Sogar die CGFP äußert Verständnis, dass die Regierung erklärt, die Personalentwicklung jetzt "in etwas engeren Bahnen zu steuern und sich um eine rationale und effiziente Verwaltungsorganisation zu bemühen". Die Staatsbeamtengewerkschaft fordert nicht einmal eine automatische Besetzung altersbedingter Abgänge, sondern bittet lediglich, diese "soweit wie möglich" vorzunehmen, "um den normalen Arbeitsablauf in den Verwaltungen und Dienststellen nicht zu gefährden". Nachdem die CGFP als DP-Obolus für die Verschlechterung im Pensionsregime ein kom-

Und für die Verfechter des totalen Fahrverbots gab es vom Minister auch noch ein Zuckerchen: Sollten die Ozonwerte steigen, müsse eventuell über autofreie Tage nachgedacht werden. Solange aber nicht andere Länder mitmachen würden, bringe ein allgemeines Fahrverbot nichts. Dies müsste in Zusammenarbeit mit der gesamten Saar-Lor-Lux-Region eingeleitet werden.

Nach allgemeiner Entwarnung nun ein Comeback des Ozons: In Wirklichkeit war die Gefahr nie verschwunden. Die Weltgesundheitsorganisation WHO nennt sogar Werte von 110 Mikrogramm Ozon bedenklich, und auch die Umweltminister der Europäischen Union einigten sich auf eine Ozon-Richtlinie, die ab 9. September in Kraft treten soll und in Luxemburg bereits in nationales Recht übernommen wurde. Bis 2010 soll europaweit ein Grenzwert von 120 Mikrogramm gelten. Die EU setzt dabei auf langfristige Reduzierung.

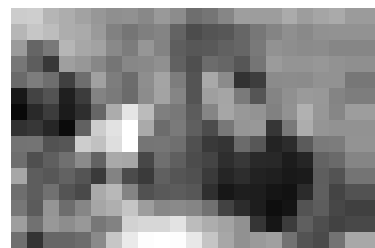
Die einzelnen Länder scheinen zurzeit dagegen eher auf kurzfristige Maßnahmen setzen - frei nach dem Motto: Erst wenn es brennt, wird gelöscht. Dass ein autofreier Tag etwas bringt, bezweifelt selbst Minister Goerens: "Wenn wir unsere Autos stehen lassen, sind wir das Ozon-Problem noch nicht los." Wenn aber erst dann ein Tempolimit erhoben wird, wenn die Werte schon zu hoch sind, dürfte das Problem eher verschoben werden - außer Tempo 90 gilt für immer.

fortables Gehälterabkommen für die nächsten Jahre hat einfahren können, ist mensch bereit, den Laden zumindest vorübergehend dicht zu machen. Hauptsache, es geht denen, die an Bord sind, blendend, die vor der Tür stehen, müssen bis zum nächsten Wirtschaftsboom abwarten.

Derartige Besitzstandswahrung nennt die CGFP "sozial gerecht". Aber auch die Gewerkschaften des Privatsektors zeigen sich zufrieden. Die Arbeitslosigkeit wird über eine Benzinverteuerung finanziert, womit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Brüssel mahnt immer wieder eine Reduzierung des Preisdifferentials mit den Nachbarländern an und Luxemburg finanziert ihr Krisenmanagement teilweise über den Tanktourismus - mit Geld also, das den ärmeren Nachbarregionen abhandelt kommt.

Und selbst das "Tafelsilber" muss nicht ganz verschertelt werden. Zwar fließen dem Staatsäckel 2004 Defizit reduzierende Millionenbeträge zu, weil Anteile an die Nationale Investitionsgesellschaft SNCI veräußert werden, doch auch die SNCI ist (noch) fest in Regierungshand. Damit sollen Kompetenzen "gebündelt" werden. Allerdings muss selbst der OGBL, der dieses Vorgehen ebenfalls begrüßt, zugeben, dass die SNCI auf eine solche Rolle eigentlich gar nicht vorbereitet ist.

So schön sich Friedens Eckdaten auch anhören, erst das Detailbudget wird offen legen, welche kosmetischen Operationen dazu nötig waren. Die Vorgaben für das Budget 2003 waren jedenfalls im September letzten Jahres nicht einmal mehr das Papier wert, auf dem sie noch im August gedruckt worden waren.



Budgeteckdaten (in Milliarden Euro)			
	2003	2004	Änderung
Einnahmen	6,3497	6,3901	0,64%
Ausgaben	6,3493	6,4779	2,03%
Ergebnis	+0,0004	-0,0878	